LATEINAMERIKA 18.12.2025 | Anja Dargatz

Machtspiele in der Karibik

Die USA verschärfen ihren Kurs gegen Venezuela. Doch was bezweckt die Trump-Administration mit ihrem Säbelrasseln wirklich?

Seit August zündeln die USA im Karibischen Meer und militarisieren die Region in einem Ausmaß, das man dort seit Jahrzehnten nicht gesehen hat. In dieser Woche legte US-Präsident Donald Trump noch einmal nach. Er verhängte eine umfassende Sperre für alle sanktionierten Öltanker mit Bezug zu Venezuela und erklärte die dortige Regierung zudem zur terroristischen Organisation.

Doch worum geht es Trump wirklich? Der Kampf gegen Drogen dürfte eher ein vorgeschobener Grund sein. Fachleute schließen dies seit Beginn der Aufrüstung weitgehend aus. Zum einen verlaufen die entscheidenden Schmuggelrouten über den Pazifik und nicht über die Karibik. Zum anderen sind es nicht kleine Schnellboote, die große Mengen transportieren, sondern professionelle Logistikketten mit Containerschiffen und U-Booten, die über gut etablierte Wege operieren.

Bleibt also das Öl, zumal die USA zuletzt mehrere venezolanische Tanker blockiert haben. Doch auch diese Erklärung greift zu kurz. Wenn Washington venezolanisches Öl wollte, gäbe es effizientere Wege, den wichtigen Rohstoff zu bekommen – etwa durch Neuverhandlungen der bestehenden Chevron-Verträge. Hinweise darauf, dass Venezuela zu Zugeständnissen bereit wäre, gibt es genügend. Dann also ein *regime change*? Dafür braucht es keinen Flugzeugträger.

Die plausibelste Erklärung für das militärische Auftreten der USA in der Karibik ist der Versuch, Einflusszonen abzustecken und Macht in der westlichen Hemisphäre zu demonstrieren. Die Botschaft lautet: Die USA sind wieder präsent und werden bleiben. Ging es im Frühjahr noch um den Panamakanal, heißt der aktuelle Anlass „Venezuela“ und könnte morgen „Kuba“ oder ein anderes Land sein. Welches Ziel als Nächstes anvisiert wird, hängt vermutlich von innenpolitischen Opportunitäten ab. Die militärischen Mittel dafür stehen nun jedenfalls dauerhaft bereit.

Während Washington seinen Machtanspruch unmissverständlich formuliert, reagiert der Rest der Welt ausgesprochen zurückhaltend.

Diese geopolitische Positionierung der Amerikaner ist keineswegs neu. Sie wurde im 19. Jahrhundert als Abgrenzung gegenüber den europäischen Kolonialmächten formuliert und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu ihrer ideologischsten Ausprägung weiterentwickelt. Damals reichte der Anspruch, das Vaterland zu schützen, so weit, dass sich die USA mehrfach militärisch und politisch in die Angelegenheiten souveräner südamerikanischer Staaten einmischten. Dass diese lange totgesagte Hinterhof-Politik heute wieder auflebt, mag absurd erscheinen. Doch das macht sie nicht weniger real. Die Vereinigten Staaten sind *back in the courtyard* – unter neuen Vorzeichen und mit anderen Entscheidungsträgern, aber mit unverändertem Kern. Die USA beanspruchen weiterhin das Recht, Bedrohungen und den Schutz des eigenen Territoriums selbst zu definieren und entsprechend zu handeln. Legitim? Vernünftig? Völkerrechtlich abgesichert? Diese Fragen mögen berechtigt sein, doch die USA tun es, weil sie es können.

Während Washington seinen Machtanspruch unmissverständlich formuliert, reagiert der Rest der Welt ausgesprochen zurückhaltend. Brasiliens Präsident Lula da Silva erinnerte zuletzt immerhin an die „Macht der Worte“. Der EU-Celac-Gipfel im November in Kolumbien bot eine weitere Gelegenheit für eine gemeinsame Positionierung. Doch außer der allgemeinen „Ablehnung von Gewalt“ konnten sich weder die südamerikanischen Staaten noch die EU-Vertreter zu einer deutlicheren Reaktion durchringen. Verständlich ist das allemal: Jeder Staat versucht, Nutzen und Risiken einer Stellungnahme für sich abzuwägen. Die Sorge, es sich mit den USA zu verscherzen, wiegt schwer. Zudem besteht die Gefahr, dass Kritik als Solidarität mit einem international isolierten Regime ausgelegt werden könnte.

Die Doppelmoral der Europäischen Union ist dabei offensichtlich. Präsident Maduro und der türkische Staatschef Erdogan haben in Bezug auf ihr Macht- und Staatsverständnis viel gemeinsam. Dennoch wird der eine als strategischer Partner gebraucht, während man den anderen meidet. Ein weiteres Gedankenexperiment: Wie würde Europa reagieren, wenn Russland in der Ostsee ähnlich agieren würde wie die USA in der Karibik? Doch es geht nicht nur um Werte. Frankreich, die Niederlande und Großbritannien haben wegen ihrer Überseegebiete unmittelbare

Interessen in der Region. Die Entscheidung Frankreichs und Großbritanniens, die geheimdienstliche Zusammenarbeit mit den USA im November auszusetzen, war ein wichtiger Schritt – begleitet von konkreten Vorschlägen, wie man effektiver gegen den Drogenhandel vorgehen könnte, etwa mit einer besseren Ausbildung und einer Akademie für Zollbeamtinnen und -beamte. Auch wenn die Abschlusserklärung des Celac-EU-Gipfels äußerst zurückhaltend ausfiel: Es ist zumindest ein Ansatzpunkt.

Am Ende stellt sich eine nüchterne Frage: Sind die USA noch der Partner, an dem man festhalten sollte? Ihr Auftreten in Handels- und Außenpolitik spricht derzeit eher dagegen. Braucht es nicht starke Bündnisse und neue Partnerschaften, aus denen Märkte sowie politische und militärische Allianzen entstehen, die eine echte Alternative zu den USA bieten? Was in der Karibik geschieht, ist eine geopolitische Verschiebung von globaler Tragweite. Die Weltgemeinschaft kann sie nicht ignorieren. Es braucht eine Antwort – aus Südamerika, aus Europa, idealerweise gemeinsam.



Anja Dargatz
Caracas

Anja Dargatz ist die Leiterin des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Venezuela. Zuvor leitete sie die FES-Büros in Baden-Württemberg, Bolivien und im Sudan. Sie arbeitete in der Arbeitsgruppe Frieden und Entwicklung (FriEnt) und im FES-Büro in Brüssel. Sie hat Zeitgeschichte und Politikwissenschaft studiert.